

Um die Unis aus der Krise zu holen, braucht man Geld. Aber nicht nur.

Thomas Schmidinger, Präsident der [IG Externe LektorInnen und freie WissenschaftlerInnen](#) in einem Gastkommentar der Presse:

„Die gute Nachricht ist, dass wir endlich wieder eine Wissenschaftsministerin haben, die hoffentlich mehr als ein EU-Kommissar im Wartestand ist. An den Universitäten erwarten viele von Beatrix Karl, dass sie nun endlich ernsthaft auf die Krise der Universitäten reagiert und diese nicht nur aussitzt.

Wenn sie dabei in ihrem ersten Fernsehinterview betont, dass Geld nicht alles ist, so ist dies zwar richtig. Ohne mehr Budget – da ist man sich von den Rektoren bis zu den Studierenden einig – wird es allerdings auch nicht gehen. Tatsächlich könnten einige Reformen jedoch auch sofort in Angriff genommen werden. Ein nicht unwesentlicher Teil der Probleme der Universitäten stellt die Entdemokratisierung der Unis in der Folge des Universitätsgesetzes (UG) 2002 dar. Das UG hat nicht nur die alte Beamtenuniversität zum neoliberalen Unternehmen umgebaut, sondern auch die inneruniversitäre Demokratie massiv beschädigt. Wer die Krise des tertiären Bildungssektors konstruktiv bewältigen will, muss allerdings zunächst eine Redemokratisierung der Universitäten vorantreiben.

Nur so können real vorhandene Probleme rechtzeitig zur Sprache kommen und alle Beteiligten in Entscheidungsprozesse eingebunden werden. In einer demokratischen Universität hätten sich die Rektoren der Universität Wien und der WU wohl auch kaum zu ihrem fürstlichen Gehalt noch leistungsbezogene Prämien sichern können, während ihre Studierenden keine Plätze in überfüllten Hörsälen finden und Nachwuchswissenschaftler

nicht wissen, wie sie finanziell über die Runden kommen. Der neuen Ministerin muss hier wohl noch einiges mehr einfallen, als über eine Wiedereinführung der Studiengebühren nachzudenken und damit die soziale Selektion der Studierenden unter Umständen noch weiter zu verschärfen.

In der Folge des UG 2002 hat sich eine Zweiklassenuniversität herausgebildet, in der jüngere Wissenschaftler nur noch in zeitlich befristete Anstellungsverhältnisse ohne Verlängerungsmöglichkeiten kommen. Es ist kaum mehr möglich, langfristige Anstellungen zu bekommen.

...“

Den gesamten Gastkommentar finden Sie [hier](#)